

**Luxembourg-Ville, cité connectée**

Lundi, le collègue échevinal de la ville de Luxembourg a présenté aux commissions consultatives du conseil communale son projet d'une nouvelle étape d'information des services municipaux. Plus qu'une simple amélioration de sa page web, le nouveau concept doit être un élément essentiel du "e-Bürgeramt" que la ville a déjà mis en route. Ainsi le programme ambitieux (qui vise à être opérationnel fin 2007) prévoit d'équiper d'un système "gprs" les autobus pour pouvoir offrir un horaire "en temps réel". Ce service ne pourra pas seulement être consulté sur internet, mais également dans les abribus et - pour qui veut s'y abonner - sur gsm. Cet élément devrait déjà être offert fin 2004. Dans la "cité connectée", les démarches administratives traditionnelles, comme la commande de poubelles, les changements d'adresse etc., pourront également être effectuées online. Mais Paul Helminger rassure: tous les services actuels continueront à être offerts en mode traditionnel.

**Nix öko bei Auftragsvergabe**

Ökologische und soziale Kriterien sowie fairer Handel werden in die Entscheidung um die Vergabe von öffentlichen Aufträgen weiterhin nicht mit einbezogen. Dies kritisierte die Déi-Gréng-Fraktion nach der Sitzung der "Commission des Travaux Publics" an der Ankündigung der Regierung. Der vor einem Jahr angenommene Änderungsvorschlag der Grünen sei kurzerhand wieder aus dem entsprechenden "Projet de règlement grand-ducal" gestrichen worden, heißt es in einer Mitteilung der Fraktion.

"Unsere Regierung erhebt immer wieder den Anspruch, eine Politik zu betreiben, die sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit ausrichtet. Bei der Reform der Marchés Publics-Gesetzgebung hat sie nun mal wieder unter Beweis gestellt, dass dies nicht so ist", sagt die Grünen-Abgeordnete Renée Wagener. Das Marchés-Public-Gesetz, auf dessen Basis die öffentlichen Aufträge vergeben werden, spielt eine bestimmende Rolle bei der Ausrichtung staatlich und kommunal finanzierter Baupolitik sowie beim Wareneinkauf und bei Dienstleistungsverträgen. Déi Gréng schlug im Mai 2001 vor, die Liste der Kriterien durch ökologische und soziale zu erweitern. Doch der Wille der Regierung und des Staatsrates zur Nachhaltigkeit bleibe ein reines Lippenbekenntnis", stellt Renée Wagener fest.

**Lange Wartezeiten bei Asylverfahren**

Durchschnittlich 620 Tage dauert ein Asylantragsverfahren in Luxemburg. Dies ergab eine Studie des Sesopi-Centre Intercommunautaire über die Dauer der Asylprozedur von dem Moment an, in dem der Antrag gestellt wurde, bis zur ersten ministeriellen Entscheidung. Dabei wurden insgesamt 870 Dossiers vom November 2000 bis zum Oktober 2002 untersucht: In mehr als der Hälfte der Fälle (55 Prozent) dauerte das Verfahren zwischen ein und zwei Jahren, bei 29 Prozent der eingereichten Anträge zwischen zwei und drei Jahren. Während nur acht Prozent der AntragstellerInnen bereits innerhalb der ersten sechs Monate eine Antwort vom Justizministerium erhielten, gab es tatsächlich 19 Fälle, in denen die AsylbewerberInnen mehr als drei Jahre warten mussten.

Viel zu lange seien die Prozeduren - darin sind sich der Flüchtlingsrat und das Ministerium sogar einig. Ersterer plädierte in einem Pressecommuniqué "pour une accélération de la procédure d'asile au niveau de la phase administrative. Le Ministère de la Justice devrait se donner les moyens nécessaires pour écouter considérablement la durée d'instruction des dossiers."

In den vom Sesopi-Centre vorgelegten Zahlen sind die Rekursprozeduren nicht mit einbezogen. Diese dauern in der Regel ein Jahr.

**LEBENSQUALITÄT****Im Zentrum nichts Neues**

**Verkehrschaos und Wohnraumnot: Die LSAP stellt eine Resolution zur Lebensqualität im Bezirk Zentrum vor und fasst darin eine Reihe spezifischer Probleme zusammen. Das Rad haben die SozialistInnen dabei nicht neu erfunden.**

(sk) - Die SozialistInnen sorgen sich um die "Lebensqualität im Bezirk Zentrum". So lautet der Titel einer Resolution, die beim LSAP-Bezirkkongress in Lintgen Ende Januar angenommen und vergangenen Montag vorgestellt wurde. Sie geht zurück auf eine Initiative der Femmes Socialistes des Bezirks aus dem Jahr 1995. Seit 2001 befasste sich eine Arbeitsgruppe mit den einzelnen Aspekten des Themas.

Zur "Lebensqualität" gehören nach Ansicht der SozialistInnen unter anderem bezahlbarer Wohnraum, ein moderner öffentlicher Transport, ein öffentliches Betreuungsangebot für alle Schulkinder, aber auch die "Wertschätzung der älteren Generation", wie einer der Punkte der Resolution genannt wird, sowie Jugendarbeit, Kultur und Tourismus.

"Besonders am Herzen liegt uns die Lösung der Verkehrsproblematik. Sie gehört zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen unseres Landes", erklärte LSAP-Bezirkspräsident Jempi Klein und wies darauf hin, dass die Stadt Luxemburg und die Randgemeinden im Verkehrschaos zu ersticken drohten. "Die aktuelle Regierung hat offensichtlich kein Konzept, um notwendige Mobilität mit Lebensqualität und Umweltschutz in Einklang zu bringen", meinte der Bezirkspräsident. Die Auto-

lawinen verminderten an Werktagen mit kilometerlangen Staus schließlich auch die Lebensqualität der EinwohnerInnen.

**Allerweltsweisheit**

Als Lösung nennt die LSAP eine Allerweltsweisheit: Das öffentliche Transportangebot müsse verbessert werden. Zwar habe Transportminister Henri Grethen ein Gesetzesprojekt zum Bau einer Eisenbahn-Tram-Infrastruktur vorgelegt, sagte Klein, schränkte aber ein: "Allerdings wird dadurch das Hauptproblem, die Entlastung des Stadtzentrums, nicht gelöst." Nur durch die Anbindung der Oberstadt und der großen Anziehungsgebiete der Hauptstadt an das Schienennetz könne die Verkehrslage in Luxemburg und Umgebung beruhigt werden. Das ursprüngliche BTB-Konzept müsse als Ganzes umgesetzt, das Eisenbahnmaterial modernisiert und das Schienennetz so ausgebaut werden, dass Luxemburg international nicht isoliert dastehe.

Die LSAP befürwortet darüber hinaus zwar den Ausbau des Flughafens bezüglich des Personentransports. Der Umweltschutz müsse jedoch Vorrang haben. So lehnen die SozialistInnen einen weiteren Ausbau des Frachtzentrums ab und befürworten einen Abbau des Konkurrenzvorteils des Flugzeugs im Vergleich zur Bahn.

Als ein erhebliches Hindernis für mehr Lebensqualität bezeichnet LSAP-Bezirksvizepräsidentin Liane Kadusch-Roth außerdem die "erschreckende Situation auf dem Wohnungsmarkt". Für viele Menschen sei es einfach nicht möglich, zu einem Eigenheim zu kommen oder sich eine bezahlbare Wohnung zu mieten. So müssen laut Pressemeldungen KäuferInnen zum Beispiel selbst in einfachen Lagen bis zu 480.000 Euro für ein Einfamilienhaus bezahlen.

In Luxemburg fehlen nach Angaben Kadusch-Roths derzeit 20.000 bis 30.000 Wohnungen für Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen. Angemessener Wohnraum werde allmählich zu einem Privileg. Als Grund für die "dramatischen Zustände" nannte die Sozialistin unter anderem die grassierende Spekulation auf dem Grundstücks- und Wohnungsmarkt, die die Preise weiterhin in die Höhe treibt. Ihre Partei fordert daher Staat und Gemeinden auf, Bauland und Wohnungen zu angepassten Preisen zur Verfügung zu stellen. Die LSAP unterstützt nicht nur die langfristige Vermietung von Bauland, sondern auch eine progressive Besteuerung von ungenutztem Bauland.

Die Resolution stelle, so Jempi Klein, einen Rahmen dar, der von den einzelnen Sektionen ihren spezifischen Gegebenheiten angepasst werden könne, um dann, wie es in der Einleitung zur Resolution heißt, "in ein eigenes Grundsatzprogramm auf lokaler und regionaler Ebene einzufließen".

**DEUTSCHLAND-IRAK****Deutsche Waffen im Irak**

**Während Bundeskanzler Gerhard Schröder an seinem Anti-Kriegskurs festhält, wickeln deutsche Firmen Waffengeschäfte im Irak ab. An einer Aufklärung ist die rot-grüne Regierung offensichtlich wenig interessiert.**

(jw-dw) - Nicht alle Deutschen sind auf Regierungskurs. So manche Firma wittert in einem Krieg gegen den Irak eine Chance. Vergangene Woche wurde ein weiteres derartiges Geschäft bekannt. Wegen des versuchten Exports von Rüstungsgütern ermittelt die Bielefelder Staatsanwaltschaft gegen zwei deutsche Geschäftsleute aus dem Raum Steinfurt in Nordrhein-Westfalen. Der 63jährige Hauptbeschuldigte ist Besitzer eines Büros für Wehrtechnik und Sicherheitsprojekte.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft sei der Mann im Dezember auf irakische Einladung zu einer Messe nach Bagdad gereist. Ein 49jähriger Deutscher irakischer Herkunft habe ihn als Dolmetscher begleitet. Auf der Messe wurden dem 63jährigen offenbar vier Präzisionsteile ausgehändigt, die er in Deutschland in hoher Stückzahl nachbauen lassen sollte.

"Zwei dieser Teile gehören ohne Zweifel zu Raketenleitsystemen, die übrigen sind Dualuse-Güter", so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft gegenüber der wox. Der Hauptbeschuldigte habe versucht, in Deutschland Firmen zu finden, die diese Teile nachbauen könnten. Doch ein in das Geschäft involvierter deutscher Computerfachmann, dem die Sache zu heiß wurde, ließ ihn auffliegen.

Die Beschuldigten gestehen den Sachverhalt inzwischen zum

großen Teil ein. "Wir gehen davon aus, dass sie genau wussten, was sie taten", heißt es bei der Staatsanwaltschaft. Im Falle einer Verurteilung rechne die Behörde mit einer Mindeststrafe von zwei Jahren für den Hauptbeschuldigten. Der "Dolmetscher" konnte die Haftanstalt hingegen bereits wieder unter Auflagen verlassen.

Die Bielefelder Affäre könnte als Beweis dafür dienen, dass der Irak trotz aller beteuerten Bereitschaft zur Kooperation mit der Uno noch im vergangenen Dezember versuchte, die Aufrüstung mit Massenvernichtungswaffen fortzusetzen. Nach Angaben des Leiters der Uno-Inspektionen im Irak, Hans Blix, arbeitet der Irak noch immer an Raketen, die die erlaubte Reichweite von 150 Kilometern überschreiten. Jetzt soll ein Gutachter prüfen, ob die in Steinfurt bestellten Teile diesem Zweck dienen sollten.

**Lange Firmenliste**

Die Bundesregierung hat auf ihrem Anti-Kriegskurs kein Interesse daran, eine internationale Diskussion über illegale deutsche Waffenlieferungen in den Irak anzukurbeln. In diesem Sinne verlief im Januar auch ein Verfahren in Mannheim, das im Eiltempo innerhalb von zwei Wochen abgeschlossen wurde. Dabei ging es um Bohrwerkzeuge im Wert von mehr als 200.000

Euro, die im Jahr 1999 über Jordanien in den Irak geliefert wurden. Sie seien nach Angaben des Gerichtes dazu bestimmt gewesen, Rohre für Geschütze herzustellen, mit denen auch atomare, biologische und chemische Munition über eine Entfernung von mehr als 50 Kilometern abgefeuert werden kann.

Die Angeklagten gestanden die Lieferung und wurden wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschafts- und das Kriegswaffenkontrollgesetz zu fünf Jahren Haft bzw. zu einer zweieinhalbjährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Das Mannheimer Gericht vermied es dabei, der Frage nachzugehen, ob im Irak mit den Bohrwerkzeugen tatsächlich Artilleriegeschütze gebaut wurden. Sollte das geschehen sein, könnten diese in einem Krieg gegen britische und amerikanische Soldaten eingesetzt werden. Das Unternehmen eines der in Mannheim Angeklagten stand zudem auf der Liste der mehr als 80 deutschen Firmen, die im irakischen Waffendossier vom Dezember 2002 genannt sind. Die Liste ist ein Teil des Berichts der irakischen Regierung an die Uno-Waffeninspektoren.

Bereits im August 2002 belegte das Fernsehmagazin "Report", dass Siemens, dessen Name ebenfalls auf der Liste steht, groß im Irakgeschäft ist. So verkaufte Iskratel, die slowenische Tochter von Siemens, im Jahr 1998 ohne Genehmigung der Uno für 13 Millionen US-Dollar digitale Telefonvermittlungsanlagen in den Irak. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft München in dieser Sache.

